

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdirektor: Max Schölerer
Redaktions- und Geschäftsstelle: Dresden, W. 1, Poststraße 4/6

Verlagsleiter: Max Schölerer
Verlagsnummer 10 W. 1, Poststraße 4/6
Telefon: 22 11, 22 12, 22 13, 22 14, 22 15, 22 16, 22 17, 22 18, 22 19, 22 20, 22 21, 22 22, 22 23, 22 24, 22 25, 22 26, 22 27, 22 28, 22 29, 22 30, 22 31, 22 32, 22 33, 22 34, 22 35, 22 36, 22 37, 22 38, 22 39, 22 40, 22 41, 22 42, 22 43, 22 44, 22 45, 22 46, 22 47, 22 48, 22 49, 22 50, 22 51, 22 52, 22 53, 22 54, 22 55, 22 56, 22 57, 22 58, 22 59, 22 60, 22 61, 22 62, 22 63, 22 64, 22 65, 22 66, 22 67, 22 68, 22 69, 22 70, 22 71, 22 72, 22 73, 22 74, 22 75, 22 76, 22 77, 22 78, 22 79, 22 80, 22 81, 22 82, 22 83, 22 84, 22 85, 22 86, 22 87, 22 88, 22 89, 22 90, 22 91, 22 92, 22 93, 22 94, 22 95, 22 96, 22 97, 22 98, 22 99, 22 100

Verlag: Max Schölerer
Dresden, W. 1, Poststraße 4/6
Telefon: 22 11, 22 12, 22 13, 22 14, 22 15, 22 16, 22 17, 22 18, 22 19, 22 20, 22 21, 22 22, 22 23, 22 24, 22 25, 22 26, 22 27, 22 28, 22 29, 22 30, 22 31, 22 32, 22 33, 22 34, 22 35, 22 36, 22 37, 22 38, 22 39, 22 40, 22 41, 22 42, 22 43, 22 44, 22 45, 22 46, 22 47, 22 48, 22 49, 22 50, 22 51, 22 52, 22 53, 22 54, 22 55, 22 56, 22 57, 22 58, 22 59, 22 60, 22 61, 22 62, 22 63, 22 64, 22 65, 22 66, 22 67, 22 68, 22 69, 22 70, 22 71, 22 72, 22 73, 22 74, 22 75, 22 76, 22 77, 22 78, 22 79, 22 80, 22 81, 22 82, 22 83, 22 84, 22 85, 22 86, 22 87, 22 88, 22 89, 22 90, 22 91, 22 92, 22 93, 22 94, 22 95, 22 96, 22 97, 22 98, 22 99, 22 100

Das Echo der Reichstagswahlen

Widersprechende Auffassungen

Berlin, 1. August. Die wenigen am Montag früh erschienenen Blätter nehmen bereits ausführlich zum Wahlergebnis Stellung. Die „D.N.Z.“ schreibt:

dem Zentrum, das sich ja schließlich nicht von den Kommunisten abhängig machen könne, werde wohl nichts übrigbleiben, als sich mit dem Gedanken einer Reichsregierung vertraut zu machen. Wahrscheinlich dürfte das aber nicht in der Form einer festen Koalition, sondern in der Form der „Tolerierung“ geschehen.

Der Wille der Wähler hat sich eindeutig dafür ausgesprochen, daß die Nationalsozialisten an der Regierung verantwortlich beteiligt werden sollen. Aber auch ihre Forderungen sind nicht in den Himmel gewachsen, da sie die absolute Mehrheit bei weitem nicht erreicht haben. Die Lösung dürfte also in der Richtung gesucht werden müssen, daß einige nationalsozialistische Führer wichtige Ministerien im Kabinett übernehmen, und zwar in organischer Verbindung mit einer verfassungsmäßigen Neuordnung des Regierungsproblems in Preußen. Das Wahlergebnis hat gewiß nicht alle Hoffnungen erfüllt, aber es hat immerhin die Grundlage gelegt für eine Regierungspolitik, die Deutschland weiter vor revolutionären Erschütterungen und radikalen Experimenten bewahrt, gleichzeitig jedoch die Ideen der nationalen Rechte auf dem Gebiet der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik wirksam zur Geltung bringt.

Der „Vorwärts“ sieht das entscheidende Ereignis im Stillstand und „Rückgang“ der Dillpartei. Es sei nichts mit den erstrebten 51 Prozent und nichts mit einer Reichsmehrheit, auch einschließlich der Deutschnationalen. Der „Montag“ stellt im Zusammenhang mit dem Anwesen der SPD, fest, daß der bisher noch bei jeder Wahl leistungsfähige Einbruch in die marxistische Front sich nicht fortgesetzt habe. Statt dessen sei eine weitere Verschiebung der Wähler rechts vom Zentrum eingetreten mit einem in vollem Umfang gestiegenen Widerstand der Deutschnationalen.

Die demokratische „Montagspost“ erklärt, das deutsche Volk habe dahin entschieden, daß die Alleinherrschaft einer bestimmten politischen Richtung abgelehnt werde, und daß lediglich ein Zusammenwirken mehrerer Parteien die Grundlage der politischen Arbeit bilden solle. Ueberwiegend sei die Zunahme der Kommunisten. Eine Reichstagsmehrheit zu finden sei für die Regierung von Vapen nicht leicht.

Die Reichsleitung der deutschen Politik, die der Regierungsantritt des neuen Reichstages gebracht habe, werde aber zweifellos aufrechterhalten werden.

Die „Allnische Volkszeitung“ erklärt, das Zentrum wird mit der ganzen Reichsbürgerschaft, mit der es im heutigen Augenblick keine Entschlüsse zu treffen liebt, der Lage gegenüberzutreten. Gewöhnlich zuerst beschimpft und dann gelacht und beneidet, wird es schließlich auch diesmal jene Hauptrolle spielen, die ihm allein ansteht. Es wird in eigener Küche alles präparieren.

Der „Freiheitskampf“, das Parteiorgan der Dresdner Nationalsozialisten, schreibt zum Wahlausgang: So eindeutig die Entscheidung des deutschen Volkes hinsichtlich unserer Partei war, so schwierig dürfte es sich erweisen, über den neuen Reichstag zur Bildung einer neuen Regierung zu kommen. Man muß also damit rechnen, daß auch weiter ein geschäftsführendes Kabinett den Platz behauptet, mag es Vapen oder sonstige heißen. Sider ist aber, daß das Kabinett v. Vapen sich in der heutigen Form unter seinen Umständen aufrechterhalten läßt. Eine Umbildung muß, was auch immer kommen mag, stattfinden. Der Wille der Nation hat unter allen Umständen in einer Umbesetzung ihren Ausdruck zu finden. Auch in einem geschäftsführenden Kabinett muß der politischen Entwicklung irgendwie Rechnung getragen werden. Es kann keine deutsche Regierung geben, die gegen das Volk regiert; sie wird sich immer auf einen breiten Teil der Nation zu stützen haben, und das ist in diesem Falle die nationalsozialistische Bewegung, die als bei weitem härteste Vertreterin des Volkswillens nunmehr den Anspruch auf Mitregierung und Mitverantwortung erhebt. Nur eine Regierung, die das Volk hinter sich hat, kann die dringenden Probleme meistern. — Und so stellen wir uns nach diesem beispiellosen Sieg auf den Boden der Forderungen, die bereits Gregor Straker deutlich formuliert hat: wir verlangen unter allen Umständen die Exekutive innerhalb des Reiches.

regiert; sie wird sich immer auf einen breiten Teil der Nation zu stützen haben, und das ist in diesem Falle die nationalsozialistische Bewegung, die als bei weitem härteste Vertreterin des Volkswillens nunmehr den Anspruch auf Mitregierung und Mitverantwortung erhebt. Nur eine Regierung, die das Volk hinter sich hat, kann die dringenden Probleme meistern. — Und so stellen wir uns nach diesem beispiellosen Sieg auf den Boden der Forderungen, die bereits Gregor Straker deutlich formuliert hat: wir verlangen unter allen Umständen die Exekutive innerhalb des Reiches.

607 Mandate im neuen Reichstag

Parteien rechts vom Zentrum

(Die Mandatsziffern zu Beginn des alten Reichstages sind in Klammern.)

Nationalsozialisten	230	(107)
Deutschnationale	37	(41)
Deutsche Volkspartei	7	(30)
Württemb. Landbund	2	(3)
Landvolk	1	(18)
Christl.-sozialer Volksdienst	4	(14)
Wirtschaftspartei	1	(23)
Gesamt	282	(236)

Parteien der Weimarer Koalition

Sozialdemokraten	133	(143)
Staatspartei	4	(14)
Zentrum	76	(68)
Bayrische Volkspartei	22	(19)
Bauernbund	2	(6)
Gesamt	237	(250)

Äußerste Linke

Kommunisten	89	(77)
-------------	----	------

In dem ursprünglichen Kräfteverhältnis der Parteien des alten Reichstages sind allerdings im Laufe der Legislaturperiode einige Veränderungen eingetreten. So sind die Nationalsozialisten durch den Uebertritt von 3 Landvolk Abgeordneten auf 110 Sitze angewachsen und die Deutschnationalen haben durch den Uebertritt des volksparteilichen Abgeordneten Dymmann 42 Sitze innegehabt. Aus der Sozialdemokratischen Partei

sind 7 Abgeordnete ausgetreten und haben sich zu einer neuen Gruppe als Sozialistische Arbeiterpartei zusammengeschlossen. Ein Sozialdemokrat ging zu den Kommunisten. So betrug die SPD bei Auflösung des Reichstages nur noch 185 Mandate.

Die vorläufigen amtlichen Stimmenzahlen

(Die Vergleichsziffern in Klammern beziehen sich auf die Reichstagswahl von 1930)

Nationalsozialisten	13 732 777	(6 406 397)
Deutschnationale	2 172 941	(2 457 680)
Deutsche Volkspartei	434 548	(1 577 381)
Wirtschaftspartei	146 061	(1 361 761)
Landvolk	91 284	(1 108 145)
Württemberg. Landbund	96 859	(180 871)
Christlich-Soziale	364 749	(869 613)
Radikaler Mittelstand	87 333	(—)
Sozialdemokraten	7 951 245	(8 575 343)
Zentrum	4 586 501	(4 126 983)
Bayrische Volkspartei	1 190 453	(1 058 637)
Bauernbund	137 081	(339 434)
Staatspartei	371 378	(1 322 039)
Kommunisten	5 278 094	(4 590 179)
Sozialistische Arbeiterpartei	72 169	(—)

Die prozentuale Beteiligung der einzelnen Parteien betrug (die Zahlen in Klammern bedeuten die Prozentziffern bei der letzten Reichstags- und Landtagswahl):

SPD	24,8 %	(24,5 % bzw. 24,0)
N.S.D.A.P.	27,4 %	(18,8 " 27,0)
SPD	14,8 %	(19,1 " 12,0)
Zentrum	12,2 %	(11,8 " 18,0)
D.N.Z.	6,0 %	(7,0 " 6,0)
D.N.Z.	1,1 %	(4,5 " 1,5)
Wirtschaftspartei	0,4 %	(8,9 " 1,0)
Staatspartei	1,0 %	(8,8 " 2,0)
Bayrische Volkspartei	2,8 %	(8,0 " —)
Christl.-soz. Volksdienst	1,0 %	(2,5 " —)

Der Wahlsonntag in der Reichshauptstadt



Reichswehrminister von Schleicher und Gattin verlassen das Wahllokal



Reichskanzler von Papen nach Abgabe seiner Stimme